
Liebe Leserinnen und Leser,

der BBU-Newsletter ist in der letzten Zeit leider etwas unregelmäßig erschienen. Das wird in der zweiten Jahreshälfte bestimmt besser! In der nächsten Ausgabe wird es auf jeden Fall Informationen zu den Anti-TTIP-Demonstrationen am 17.9. sowie zur Anti-Atomkraft-Demonstration in Lingen (29. Oktober) geben. Die Infos passten leider nicht mehr in diese Ausgabe. Außerdem wird es Informationen zur juristischen Auseinandersetzung um die belgischen AKW geben.

Bis dahin verbleiben wir mit sommerlichen Grüßen von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.



Foto: Mahnwache am 26. Juli 2016 (mit BBU-Transparent gegen Atomanlagen) vor dem Rockmuseum in Gronau.

Zum Hintergrund:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/27.071.16.pdf>

Fukushima und Tschernobyl mahnen! Sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen!

Der BBU bittet um Spenden u. a. für sein internationales Engagement gegen Uranabbau, Atomanlagen und Atomtransporte. Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>
Und stets willkommen sind neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Organisationen und Privatpersonen).
Aufnahmeanträge unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Vorstandstreffen in Hamburg: Auch in Norddeutschland gefährden Großprojekte Bevölkerung und Umwelt

Der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich bei seinem Treffen in Hamburg intensiv mit konkreten Umweltproblemen in Norddeutschland befasst. Fazit: Die Situation im Norden hat sich seit dem BBU-Vorstandstreffen in Hamburg vor drei Jahren nicht verbessert. Großprojekte gefährden weiterhin die Bevölkerung und die Umwelt.

Der BBU wird sich weiterhin für eine möglichst umweltfreundliche Energieversorgung einsetzen. Von interessierten Personen, die zu einem Stromanbieter wechseln wollen, der ökologisch ausgerichtet ist, kann die Kooperation des BBU mit EWS (Elektrizitätswerke Schönau) genutzt werden. Informationen dazu findet man im Internet unter <http://bbu-online.de> (Direktlink: <http://bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>). Fragen zum Thema Stromwechsel können auch telefonisch an die BBU-Geschäftsstelle gerichtet werden: 0228-214032.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 24.05.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/24.05.16.pdf>

44 Jahre BBU: 44 Jahre Engagement für eine lebenswerte Zukunft

Anlässlich seines 44. Geburtstages (24. Juni 2016) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Bundesregierung sowie die Landesregierungen zu mehr politischem Engagement zugunsten der natürlichen Lebensgrundlagen aufgerufen. Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt muss Vorrang vor den gewinnorientierten Interessen der Konzerne haben. Aus den Reihen der Bevölkerung wünscht sich der BBU zu seinem Geburtstag neue Mitglieder und Spenden zur Absicherung der BBU-Aktivitäten.

Die Geschichte des BBU, der seinen Sitz in Bonn hat, ist eng mit der Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung verbunden. Der BBU wurde am 24. Juni 1972 von Bürgerinitiativen und Umweltgruppen vor dem Hintergrund des drohenden Baus eines Atomkraftwerks in Wyhl (Baden-Württemberg) gegründet. Zu den besonderen Erfolgen des BBU und der gesamten Anti-Atomkraft-Bewegung zählen die Verhinderung der Atommüllfabrik (WAA) in Wackersdorf, die Nichtinbetriebnahme des Schnellen Brütens in Kalkar und die endgültige Stilllegung der Hanauer Atomfabriken.

Im Gegensatz zu anderen Umweltverbänden ist der BBU dezentral organisiert. Alle Initiativen und Verbände, die sich dem BBU anschließen, behalten ihren Namen und ihre volle Selbstständigkeit. Während sich die im BBU organisierten Bürgerinitiativen vorrangig um örtliche Probleme wie Kraftwerke, Straßenbauprojekte oder bedrohte Biotop kümmern, bietet der BBU als Dachverband einerseits den örtlichen Gruppen Rückendeckung in der Auseinandersetzung mit Behörden und Unternehmen. Ergänzend ist die BBU-Geschäftsstelle damit beschäftigt, zahlreiche Anfragen zu verschiedenen Umweltthemen zu beantworten sowie Rat- und Hilfesuchende mit Initiativen zu vernetzen, die sich mit entsprechenden Themen und Projekten befassen. "Wichtig ist es", so BBU-Geschäftsführerin Christine Ellermann, "dass sich die Betroffenen organisieren und sich frühzeitig bei uns melden. Wenn möglichst früh öffentlicher Druck gegen umweltschädliche Vorhaben artikuliert wird, dann können Umgehungsstraßen, Chemieanlagen oder Baumfällungen verhindert werden".

Die Gefahren der CO₂-Endlagerung, des Fracking und der Gentechnik im landwirtschaftlichen Bereich stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Gewässerschutz, Elbvertiefung und Massentierhaltung, Gefahren der Tonerstäube und von Holzschutzmitteln, Verkehrsprobleme auf den Straßen aber auch der Fluglärm sowie die Sicherheit von Chemieanlagen sind einige weitere der vielfältigen Themen, die von Mitgliedsinitiativen des BBU immer wieder aufgegriffen werden.

Quelle: Pressemitteilung des BBU vom 23.06.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/23.06.16.pdf>

2. Themenbereiche

Atomenergie

Scharfe Kritik an Laufzeitverlängerung für belgische Atomreaktoren / 40 Jahre BI Umweltschutz Hamm

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die angekündigte Laufzeitverlängerung für die belgischen Atomreaktoren Doel 1 und 2 scharf kritisiert. Von der Bundesregierung, aber auch von den rot-grün-regierten Landesregierungen von NRW und von Niedersachsen, verlangt der BBU, dass alle erdenklichen Schritte unternommen werden, die zur Stilllegung aller Atomkraftwerke in Belgien führen.

Der BBU gratuliert der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm zu ihrem 40. Geburtstag und wünscht ihr weiterhin viel Kraft und (Sonne)Energie für die weiteren Aufgaben. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm ist bundesweit eine der ältesten Anti-Atomkraft-Initiativen und gehört auch schon seit 1977 dem BBU an.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 03.06.2016.

Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/03.06.16.pdf>

Abschlussbericht der „Atommüll-Kommission“ stößt auf Widerspruch!

Die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Mehr als 50 Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände haben gemeinsam eine kritische Stellungnahme verfasst, die auch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterzeichnet wurde.

Links zur Stellungnahme, einen Reader zum Abschlussbericht der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und von .ausgestrahlt sowie eine gemeinsame Presseerklärung vom 05.07.2016 zum Bericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfälle findet man hier:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/05.07.16.pdf>

BBU gegen Atommüll-Endlager in Bure (Frankreich)

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit der französischen Anti-Atomkraft-Bewegung, die sich gegen ein geplantes Atommüll-Endlager in Bure zur Wehr setzt. Der BBU kritisiert, dass in Frankreich ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland in Atomkraftwerken und in sonstigen Atomanlagen in großen Mengen Atommüll produziert wird, obwohl es weltweit kein schlüssiges und sicheres Konzept zum Umgang und Verbleib von Atommüll gibt.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 07.07.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/07.07.16.pdf>

Anti-Atomkraft-Initiativen blockieren Uranfabrik in Gronau

Nachdem NRW-Umweltminister Johannes Remmel in der letzten Woche erneut von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Stilllegung der Gronauer Uranfabrik gefordert hat, haben heute Anti-Atomkraft-Initiativen mit einer Blockade der Anlage begonnen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.07.2016. Weitere Infos unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.07.16.pdf>

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.07.16.pdf>

Die Blockade wurde am 2. Tag von der Polizei geräumt.

Rechtsgutachten zum Export von Brennelementen aus Lingen / Bundesregierung muss Brennstofflieferungen in die AKWs Doel, Fessenheim und Cattenom stoppen

Trotz grundlegender Sicherheitsbedenken gegen die grenznahen, maroden Atomkraftwerke Cattenom, Fessenheim und Doel untersagt die Bundesregierung die Belieferung dieser Standorte mit Brennelementen aus Lingen bislang nicht. Laut einem Gutachten der Rechtsanwältin Dr. Cornelia Ziehm, das die Ärzteorganisation IPPNW in Auftrag gegeben hat, dürfen Ausfuhrgenehmigungen für Brennelemente in diese AKWs gemäß § 3 Atomgesetz nicht mehr erteilt werden. Bereits erteilte Genehmigungen können oder müssen sogar widerrufen werden.

Das Rechtsgutachten finden Sie unter

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Exportstopp_Brennelemente_Lingen.pdf

Vollständiger Text dieser Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 22.07.2016 unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/22.07.16.pdf>

BBU unterstützt Widerstand gegen Atomtransporte nach Ahaus

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wird die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ weiterhin bei ihrem Widerstand gegen weitere Atommülleinlagerungen in das Ahauser Atommüll-Lager unterstützen. Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Am Donnerstag (21. Juli 2016) hatte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Aufbewahrungsgenehmigung für die 152 Castor-Behälter mit ausgedienten Brennelementen des Jülicher Versuchsreaktor (AVR) im Ahauser Atommüll-Lager (BZA) erteilt.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.07.2015; weitere Informationen unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/22.07.16.pdf>

Neue Brennelementexporte von Lingen zum AKW Doel: Scharfe Kritik an Bundesumweltministerium / Anti-Atom-Initiativen fordern Rücknahme der Genehmigung

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat trotz ihrer eigenen öffentlichen Kritik am Betrieb der belgischen Pannereaktoren Doel und Tihange Anfang Juni stillschweigend über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bis zu 50 neue Brennelementtransporte von der Brennelementefabrik Lingen für die Atomkraftwerke in Doel bei Antwerpen genehmigen lassen. Das geht aus der aktuellen Transportliste auf der Webseite des BfS hervor. Den Angaben zufolge sind im Juni bereits die ersten vier Transporte vom emsländischen Lingen nach Doel gerollt.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 28.07.2016. Vollständiger Text mit Hintergrundinformationen

unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/28.07.16.pdf>

Urananreicherung in Gronau: Umweltministerin Hendricks erwägt Stilllegung!

Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßen, dass Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erstmals eine Stilllegung der Urananreicherungsanlage erwägt.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 28.07.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/28.07.16.pdf>

AKW Hinkley Point C kann noch verhindert werden / AKW-Stilllegungen notwendig

Nach Auffassung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kann der Bau des britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C noch verhindert werden. Am Donnerstag (28. Juli 2016) hat der Verwaltungsrat des französischen Atomkonzerns EDF dem Bau zwar zugestimmt. Doch die britische Regierung hat heute (29. Juli) mitgeteilt, dass sie erst im Herbst abschließend über den Bau des AKW



entscheiden wird. Der BBU ruft zu weiteren internationalen Protesten gegen das geplante Nuklearprojekt auf. Der engagierte Verband warnt davor, dass es in den neuen Reaktoren des AKW Hinkley Point C nach deren Inbetriebnahme zu katastrophalen Störfällen kommen könnte. Ausführliche Informationen über den Widerstand gegen AKW Hinkley Point C unter <http://stophinkley.org>

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU bemängelt, dass gerade in der aktuellen Situation die Möglichkeit eines gezielten Flugangriffs auf Atomreaktoren und Uranfabriken nicht ausreichend berücksichtigt wird. „Es ist nicht beruhigend, was man über die Pläne zum Schutz von Atomkraftwerken hört: Rund um die AKW aufgeschüttete Erdwälle, Vernebelungsanlagen, Mauern oder Stahlseilnetze im möglichen Anflugbereich. Grundlegenderen Schutz bietet die sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen“, so Udo Buchholz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 29.07.2016

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/29.07.16.pdf>

Fracking

Niedersächsischer Umweltminister Wenzel fällt der Umweltbewegung beim Fracking in den Rücken

Als skandalöse Unterstützung der Aktivitäten seines SPD-Kabinettskollegen Olaf Lies zur bundesweiten Durchsetzung von Fracking hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die jüngste Stellungnahme des grünen Umweltministers Stefan Wenzel in Niedersachsen bezeichnet. Als hätte die Debatte der letzten Jahre über das gefährliche Gasbohren nicht stattgefunden, versucht Wenzel der Öffentlichkeit mit untauglichen Rahmenbedingungen die Hochrisikotechnik schmackhaft zu machen. Damit fällt er nicht nur der Umweltbewegung in den Rücken, sondern brüskiert auch die Bundestagsfraktion der GRÜNEN. Diese hatte sich nach Jahren der Forderung der Anti-Fracking-Bewegung nach einem Fracking-Verbot angeschlossen. Der BBU fordert Umweltminister Wenzel auf, seine frackingfreundliche Position zu verlassen und sich stattdessen konsequent für ein Fracking-Verbot ohne Wenn und Aber einzusetzen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Stefan Wenzel wirkt bei seiner Erklärung, als sei er aus der Zeit gefallen. Positionen, die schon vor mehr als zwei Jahren überholt und widerlegt waren, werden nun schablonenhaft erneut verbreitet. So verhindert ein Verbot von ‚umwelttoxischen Substanzen‘, ein Phantasiebegriff des Ministers, weder die Entstehung von Erdbeben noch die Wanderung von Methan oder Lagerstättenwasser ins Grundwasser. Dass Wenzel ‚keine Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten‘ will, heißt im Klartext, dass in Tight-Gas-Reservoirs, weit verbreiteten Gesteinsschichten in Niedersachsen, gefracked werden soll. Und die von Wenzel erneut ins Spiel gebrachte Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein Placebo. Denn bei dieser können keine schärferen Anforderungen durchgesetzt werden, als es das bestehende Fachrecht bereits jetzt vorsieht.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 17.06.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/17.06.16.pdf>

BBU: Entscheidung des Deutschen Bundestages für Fracking verlagert die Auseinandersetzung in die betroffenen Regionen

Als fatalen Schritt in die falsche Richtung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die heutige Verabschiedung eines Fracking-Erlaubnis-Rechts durch den Deutschen Bundestag bezeichnet. Danach kann Fracking zur Aufsuchung und Gewinnung von Gas, das in bestimmten Gesteinsformationen, sogenannten Tight-Gas-Reservoirs, vorliegt, in jeder Tiefe stattfinden. Die betroffenen Regionen werden damit den Fracking-Gefahren wie Grundwasserkontaminationen, Erdbeben oder einer Zerstörung von Natur und Landschaft ausgesetzt. Der BBU betont, dass die Auseinandersetzung um Fracking damit jedoch nicht beendet ist, sondern in eine neue Phase eintritt. Die Auseinandersetzung wird jetzt bei jedem konkreten Fracking-Vorhaben vor Ort erfolgen.

Oliver Kalusch, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des BBU erklärt hierzu: „Die Fracking-Debatte im Deutschen Bundestag war eine erschreckende Darstellung der Selbstgerechtigkeit der Großen Koalition. Statt Fracking ausnahmslos zu verbieten, klopfen sich die Rednerinnen und Redner von SPD und CDU/CSU selbst auf die Schulter. Doch dafür gibt es keinen Grund. Da die Große Koalition Tight-Gas-Fracking nun auf eine rechtssichere Basis gestellt hat, wird eine gigantische Fracking-Welle über Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Teile weiterer Bundesländer hereinbrechen. Statt Umwelt- und Gesundheitsschäden durch ein ausnahmsloses Fracking-

Verbot auszuschließen, haben sich die Parlamentarier der Großen Koalition zu Erfüllungsgehilfen der Gasindustrie gemacht. Damit verlagert sich die Auseinandersetzung jetzt in die Regionen und Kommunen, in denen konkrete Fracking-Projekte realisiert werden sollen. Der Kampf gegen Tight-Gas-Fracking wird nun in Genehmigungsverfahren, Erörterungsterminen sowie bei Bürgerversammlungen und Demonstrationen stattfinden. Und die Bürger vor Ort werden sich gut überlegen, ob sie Parteien wählen, die Fracking zugelassen haben.“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz wird sich weiter gegen Fracking engagieren und die Änderung des Bundesberggesetzes verlangen, in das ein Paragraph mit einem ausnahmslosen Fracking-Verbot aufgenommen werden muss. Den Widerstand gegen Fracking vor Ort wird der BBU aktiv unterstützen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 24.06.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/24.06.16.pdf>



Friedensbewegung

Büchel: 20 Wochen gegen 20 Atombomben

Die 20 Aktionswochen am Atomwaffenstandort Büchel nähern sich ihrem Ende. Der Widerstand in Büchel aber bestimmt nicht! Weitere Informationen unter <http://www.atomwaffenfrei.de/buechel>

Stuttgart 21

Stuttgart 21: Kostenexplosion muss das Aus bedeuten!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat angesichts der jüngsten Zahlen der Baukosten für das umstrittene Stuttgarter Bahnprojekt „S 21“ seine jahrelange Forderung nach dem sofortigen Aus des Projektes bekräftigt. Medienberichte mit Bezug auf den Bundesrechnungshof beziffern das Projekt aktuell mit bis zu 10 Milliarden Euro.

Grundlegend kritisiert der BBU, dass mit Stuttgart 21 ein völlig überzogenes Großprojekt der Bahn trotz zahlreicher begründeter Proteste auf den Weg gebracht wurde, während es in vielen Bereichen der Bahn, besonders in der Fläche, viele Defizite und Mängel gibt. Der BBU spricht sich generell für die Steigerung der Attraktivität der Bahn u. a. durch bessere Taktzeiten und sozialverträglichere Preise aus.

Als Mitglied im Bündnis "Bahn für Alle" (www.bahn-fuer-alle.de) wird sich der BBU weiterhin gegen Stuttgart 21 engagieren. Der BBU bedankt sich bei allen Initiativen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich schon jahrelang gegen Stuttgart 21 engagieren. „Hoffentlich wird der vielfältige Protest erfolgreich enden“ wünscht BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

BBU-Pressemitteilung vom 06.07.2016. Weitere Informationen unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/06.07.16.pdf>

Initiative Grünes Höchst

Die Initiative Grünes Höchst

Die Initiative Grünes Hoechst ist ein Zusammenschluss von Nachbarn in unmittelbarer Nähe des Industrieparks Frankfurt Höchst. Gerade hier ist die Belastung der Luft extrem hoch. Die Zunahme an Tagen mit Geruchsbelästigung und erhöhter Luftverschmutzung ist deutlich spürbar. Umso wichtiger ist der Bestand an Grünflächen und Bäumen als Sauerstoffspender, der neben den Frischluftschneisen für die städtische Luftqualität die wichtigste Rolle spielt. Diese „grüne“ Lunge ist in unserem Quartier mit drei Schulen und drei Kindereinrichtungen lebensnotwendig und für unsere Gesundheit und die unserer Kinder unverzichtbar.

Ein Investor plant in diesem sensiblen Umfeld des Industrieparks (250 m westlich) die Bebauung eines Grundstücks mit ca. 2000 qm Fläche. Auf dem Gelände standen neun zum Teil 100 Jahre alte Bäume. Drei davon, eine Rosskastanie und zwei Eschen, wurden Anfang März gefällt.

Vor einem knappen Jahr wurde der erste Bauantrag wegen der Seveso-Richtlinie (Anwohnerschutz in der Nähe von Gefahrenbetrieben) abgelehnt. Im Februar diesen Jahres wurde trotz gleicher Voraussetzungen eine Baugenehmigung erteilt. Der Eilantrag der Initiative gegen diese Erteilung wurde abgelehnt.

Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts begründen die Vorgaben der Seveso III -Richtlinie kein Abwehrrecht zugunsten der Nachbarschaft. Außerdem gehen die Rechtsauffassung der Stadt und des Gerichts komplett an einem Erlass des Hessischen Wirtschaftsministeriums vorbei, der die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Bauvorhaben im Achtungsabstand zu Störfallbetrieben fordert.

Unser Anwalt: „Ich vermag in den Ausführungen des Gerichtes keine befriedigende, geschweige denn überzeugende Auseinandersetzung mit unseren Argumenten zu sehen.“ Er hält den Beschluss des Verwaltungsgerichts für „inakzeptabel“ und meint, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) diesen so nicht bestätigen „darf“.

In juristischer Hinsicht ist die Sache also weiterhin offen. Unserer Meinung nach wird sich hier über bestehendes Recht hinweggesetzt! Deshalb haben wir Beschwerde gegen den Beschluss des Frankfurter Verwaltungsgerichts eingelegt.

Oliver Brück, Ludwigshafener Straße 25, 65929 Frankfurt, Ralph Kersten, Emmerich-Josef-Str. 66, 65929 Frankfurt

Kontakt: GruenesHoechst@t-online.de, Facebook: www.facebook.com/Grueneshoechst



TA Luft

BBU und BUND legen erste Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung der TA Luft vor

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND e.V.) haben den Entwurf zur Novellierung der Technischen Anleitung Luft als wenig ambitioniert kritisiert.

In einer vierzig Seiten umfassenden ersten Stellungnahme setzen sich die beiden Umweltverbände detailliert mit den geplanten Änderungen, Defiziten beim gebietsbezogenen Immissionschutz und ungenügenden und fehlenden Verschärfungen von anlagenbezogenen Emissionen auseinander. Vertreter beider Verbände fordern die Bundesregierung auf, der Industrie nicht nachzugeben, sondern einen neuen Entwurf vorzulegen, der hohen Standards gerecht wird.

Oliver Kalusch vom BBU erklärt hierzu: „Bundesregierung und Umweltbundesamt wollen sich immer noch nicht von Bagatellschwellen bei der Überschreitung von Immissionsgrenzwerten lösen. Damit können Anlagen genehmigt werden, obwohl Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit längst überschritten sind. Zudem sind viele Grenzwerte für die Belastung der Atemluft viel zu hoch angesetzt. Hier ist ein grundsätzliches Umdenken angesagt. Die Grenzwerte müssen deutlich gesenkt werden und dürfen nicht durch Ausnahmeregelungen ausgehöhlt werden.“

Claudia Baitinger vom BUND ergänzt: „Bei den anlagenbezogenen Emissionen sind deutlich geringere Emissionen erforderlich. Dies ist gerade bei den Staubemissionen möglich. Obwohl heute Abgasreinigungstechniken zur Verfügung stehen, mit denen 5 mg/m³ problemlos eingehalten werden können, ist der allgemeine Staubgrenzwert doppelt so hoch. Die Anforderungen für gasförmige anorganische Stoffe wurden wortgleich aus der TA Luft 2002 übernommen. Selbst im Vergleich mit der TA Luft 1986 sind hier nur geringfügige Änderungen festzustellen. Und bei besonders problematischen Stoffen wie Quecksilber könnten die Massenkonzentrationen im Abgas deutlich gesenkt werden.“

Angesichts der Tatsache, dass die TA Luft etwa alle 15 bis 20 Jahre novelliert wird, muss diese Verwaltungsvorschrift den Stand der Technik vorantreiben und nicht einen weitgehenden Stillstand festschreiben. Diesem Anspruch wird der nun vorgelegte Entwurf nicht gerecht. BBU und BUND fordern daher eine grundlegende Überarbeitung des TA Luft-Entwurfs.

Die Stellungnahme von BBU und BUND ist abrufbar unter

<http://bbu->

online.de/Stellungnahmen/1.%20Stellungnahme%20zum%20Entwurf%20der%20Novellierung%20der%20TA%20Luft.pdf

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/sonstiges/160525_bund_sonstiges_novellierung_ta_luft_stellungnahme.pdf

Gemeinsame Pressemitteilung von BUND und BBU vom 03.06.2016

Wohnungsbau

Spekulativer Wohnungsbau in Berlin erreicht neue Dimension

Die Fakten: Mitten in Berlin sollen auf einer 2,2 Hektar großen begrünten Fläche, die Bautzener Brache, sieben Wohnhäuser mit über 300 Wohnungen gebaut werden. Angesichts des benötigten Wohnraums haben sich große Teile der Bevölkerung daran gewöhnt, dass in jeder noch freien Ecke in Berlin Wohnsilos in Windeseile hochgezogen werden.

Mit der Bautzener Brache jedoch ist eine undurchsichtige Gemengelage zwischen der Politik und der Wirtschaft entstanden, die selbst für Berliner Verhältnisse eine neue Dimension erreicht hat.

Die Fläche grenzt unmittelbar an eine innerstädtische Durchgangsstraße, die Yorckstraße, mit einem täglich 24-stündigen hohen Verkehrsaufkommen. Entsprechend erreicht diese Straße mit die höchste Feinstaubbelastung Berlins. Die ersten der sieben Häuser sind nur wenige Meter davon entfernt geplant. Auch sollen dort Spielplätze gebaut werden ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Kinder.

Mit Verwunderung nimmt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auch zur Kenntnis, dass die Häuser mitten in der für Berlin wichtigen Nord-Süd-Belüftungsschneise gebaut werden. Die Bedeutung dieser Grüntrasse für die Reduzierung von Atemwegserkrankungen ist seit langem bekannt. Hinzu kommt, dass die sieben Wohnblöcke auch noch quer in die Luftschneise gebaut werden.

Der BBU fordert die Politik auf, die Planung für die Bebauung der Bautzener Brache als bundesweites Negativbeispiel für den spekulativen Wohnungsbau sofort zu stoppen und kein Baurecht zu gewähren.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 20.07.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/20.07.16.pdf>

3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2016, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 08.08.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.